

95. FDP-Landesparteitag, 5. + 6. April 2013

Antragsteller: Finn Ole Ritter, Katja Suding,
Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Petra
Wichmann-Reiß, Michael Kruse, Robert Bläsing

Drs.: 10/13

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ein stabiles Europa als Garant für Wohlstand und Wachstum

Die europäische Staatsschuldenkrise hat uns in den letzten Jahren vor enorme Herausforderung gestellt. Ihre Ursachen liegen nicht nur in der jüngsten Vergangenheit, sondern vor allem in einer seit Jahrzehnten in Europa andauernden Politik der Überschuldung. Diese Politik hat zu einem Vertrauensverlust in die Tragfähigkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geführt.

Die Strategie der FDP in der Bundesregierung, eine weitgehende Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken zu verhindern und strukturelle Reformen zur Voraussetzung für Unterstützungsmaßnahmen zu machen, zeigen erste Erfolge. Die Haushaltsdefizite in der Eurozone sind von mehr als 6,2 Prozent im Jahr 2010 auf durchschnittlich 3,3 Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen und stellt sich damit deutlich besser als in den USA und Japan mit jeweils 8 Prozent dar. Die makroökonomischen Indikatoren verbessern sich sukzessive. Hier sind insbesondere die Leistungsbilanzen von Griechenland, Portugal, Spanien, Italien, Irland und Frankreich zu nennen. Die Lohnstückkosten in Griechenland sind seit 2009 um 10,4 Prozent gesunken, auch in Spanien konnte ein Rückgang von 6,0% verzeichnet werden. Allerdings zeigt sich bezüglich der Lohnstückkosten auch, dass Italien und Frankreich ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern müssen. Auf den Finanzmärkten hat sich die Situation beruhigt und das Vertrauen in den Bankensektor nimmt wieder zu. Die Refinanzierungssätze der Krisenländer sinken, die Eurozone kann verstärkt den Zufluss von Internationalem Kapital verzeichnen und der Euro steht zum Dollar weiterhin stabil.

All dies sind Anzeichen einer langsamen Erholung in Europa und müssen Ansporn sein, diesen Weg weiter konsequent zu gehen und in Europa eine auf Stabilität und Wachstum basierende Politik fest zu verankern. Denn auch in Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, dass zu wirtschaftlichen Krisen kommen kann.

Als Liberale setzen wir uns für klare finanzpolitische Leitlinien ein und fordern daher:

50 1. **Geldwertstabilität als Verfassungsziel:** Stärker als viele andere Länder,
51 wissen wir in Deutschland um die dramatischen Auswirkungen von Inflation.
52 Daher haben wir uns stets für die Stabilität unserer Währung eingesetzt. Das
53 Ziel der Geldwertstabilität gehört aus diesem Grund auch im Grundgesetz
54 sowie in einer zukünftigen Verfassung der Europäischen Union fest verankert.
55 Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist am Ziel der Geldwertstabilität
56 auszurichten. Ferner gilt die Verfolgung dieses Ziels insbesondere für die
57 Europäische Zentralbank (EZB), welche gemäß ihrer Satzung auch in ihrer
58 Unabhängigkeit der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Von daher lehnen wir
59 eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der
60 Staatshaushalte durch Inflation grundsätzlich ab.

61
62 2. **Nachhaltige Haushaltspolitik:** Als Liberale haben wir uns im Bund und in
63 vielen Bundesländern erfolgreich für die Einführung der Schuldenbremse
64 eingesetzt. Wir arbeiten daran, die Haushalte der Länder und des Bundes
65 schnellstmöglich auszugleichen. Was nun für uns in Deutschland gilt, soll auch
66 für unsere europäischen Partner gelten. Wir müssen die Schuldenpolitik der
67 letzten 40 Jahre beenden um auch zukünftigen Generationen
68 Handlungsspielräume zu eröffnen.

69
70 3. **Stabilitäts- statt Schuldenunion:** Hauptziel unserer Finanzpolitik in Europa
71 ist die Stabilitätsunion, welche der Garant für Wachstum und Wohlstand sein
72 wird. Die vielfach geforderte Haftungsunion, also eine gesamtschuldnerische
73 Haftung für Staatsanleihen über Eurobonds oder einen
74 Altschuldentilgungsfonds in Europa, lehnen wir grundsätzlich ab.

75
76 4. **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit:** Jedes Land hat seine individuellen
77 Stärken. Diese müssen in einem Europa der Chancen nachhaltig gestärkt
78 werden. Insbesondere der Einsatz europäischer Fördermittel ist in Zukunft
79 stärker als bisher an dieser Maxime auszurichten. Anstatt wie bislang einen
80 Großteil der EU-Mittel für Agrarsubventionen zu verausgaben, sollten sie
81 zukünftig zunehmend in Forschung, Bildung und Entwicklung sowie das
82 Setzen von Anreizen zur Tüchtigkeit von Investitionen gelenkt werden.